

**Vorlage an den Landrat**

**betreffend ein „Interdisziplinäres Zentrum für Konflikt- und Kooperationsforschung“
(2001/300)**

vom 1. Februar 2005

Am 13. Dezember 2001 hat Herr Landrat Ruedi Brassel, SP-Fraktion, ein Postulat betreffend ein „Interdisziplinäres Zentrum für Konflikt- und Kooperationsforschung“ mit dem folgenden Wortlaut eingereicht:

Die Konflikte in unserer Welt sind in den letzten Jahren vielschichtiger und komplizierter geworden. Auf allen Ebenen prägen sie unsere gesellschaftlichen Realitäten: von Beziehungskonflikten, über alltägliche, häusliche Gewalt, Mobbing in der Arbeitswelt, Gewaltbereitschaft und -anwendung in Gruppenkonflikten und im interkulturellen Zusammenleben bis hin zur Ethnisierung von Konflikten, zu Verteilungskämpfen im Zuge der Globalisierung und der Ressourcenknappheit sowie zur Gewaltlegitimation und -ausübung durch politischen und religiösen Fundamentalismus.

Angesichts der Zunahme solcher Konfliktlagen steigt auch der Bedarf an gesichertem Wissen über Konfliktursachen, Konfliktodynamiken und wirksame Ansätze der Konfliktbewältigung und über Kooperationsstrategien. Sowohl im Hinblick auf die Prävention als auch auf die Konfliktbearbeitung und -lösung ist ein interdisziplinärer Ansatz nötig, der alle Ebenen (von der Familie bis zu globalen Konflikten) und alle Bereiche (Kultur, Wirtschaft, Politik, Soziales) einbezieht. Anwendungsfelder und zugleich Ressourcen solchen Wissens sind etwa: Psychotherapie, Psychiatrie; Pädagogische Institutionen (Gewalt an Schulen, Entwicklung der Konfliktfähigkeit); Familienberatung; Soziale Arbeit; Entwicklungs-Zusammenarbeit; Organisationsberatung (Mobbing, Diskriminierung, Sozialpartnerschaft, Arbeits- und Führungskonflikte); Politikberatung (regionale, soziale, ethnische, militärische Konflikte); Rolle der Rechtsanwendung durch Institutionen und Professionelle.

An der Universität Basel hat sich eine hochkarätige Initiativgruppe von Interessierten aus verschiedensten Disziplinen gebildet, die ein Programm für "Konfliktstudien und Konfliktbewältigung" aufbauen und in einem interdisziplinären Zentrum für Konflikt- und Kooperationsforschung mit internationaler Ausstrahlung institutionalisieren will.

(Näheres dazu ist dem beigelegten Anzug im Basler Grossen Rat von Ueli Mäder zu entnehmen.)

Es ist von elementarer Bedeutung, dass die in einzelnen Fachbereichen abgestützten Erfahrungen der Kooperationsforschung (Mediation, Entwicklungszusammenarbeit, Peacebuilding usw.) zusammengeführt, weiterentwickelt und praxisbezogen weiter vermittelt werden können. Mit der angestrebten partnerschaftlichen Trägerschaft, mit den bestehenden nationalen und internationalen Kooperationen und dem vorhandenen disziplinären Knowhow bietet die Universität Basel dafür ausgezeichnete Voraussetzungen. Ein solches Zentrum fügt sich zudem bestens ein in den universitären Makro-Schwerpunkt Kultur und verbindet diesen mit höchst relevanten, anwendungs- und zukunftsorientierten Fragestellungen.

Die Ausstattung und Finanzierung des Zentrums im Umfang von 2.5 Millionen Franken pro Jahr soll angesichts der nationalen Bedeutung des Projekts zu einem bedeutenden Teil aus Bundesmitteln, zum Teil aus dem universitären Erneuerungsfonds, durch Sponsoring und Drittmittel sowie - nach einer Anfangsphase - durch Eigenmittel gedeckt werden. Für eine einmalige Anschubfinanzierung rechnen die Initianten mit einem Beitrag von 500'000.- Franken, die aus den Mitteln für Makro-Schwerpunkte der Uni Basel entnommen werden könnten.

Antrag

Die Unterzeichnenden halten das vorgeschlagene Projekt für Konflikt- und Kooperationsstudien für prüfenswert. Es entspricht aktuellen Erwartungen an die Nützlichkeit universitärer Leistungen. Ein Kompetenzzentrum für Konflikt- und Kooperationsforschung könnte an der Universität Basel ein weiterer Schwerpunkt mit hohem Zukunftspotential werden.

Die Regierung wird deshalb gebeten zu prüfen und darüber zu berichten, ob sie bereit ist,

- **der Universität die Bildung eines Kompetenzzentrums für Konflikt- und Kooperationsforschung anzuregen**
- **und sich für eine Anschubfinanzierung im Rahmen von 500'000 Franken einzusetzen.**

Antwort des Regierungsrates

Das vorliegende Postulat zur Bildung eines interdisziplinären Zentrums für Konflikt- und Kooperationsforschung an der Universität Basel wurde gleichzeitig im Landrat und im Grossen Rat Basel-Stadt eingereicht und von beiden Räten überwiesen. Die Postulanten bitten die Regierungen zu prüfen und zu berichten, ob sie bereit sind:

1. der Universität die Bildung eines Kompetenzzentrums für Konflikt- und Kooperationsforschung anzuregen und
2. sich für die Anschubfinanzierung im Rahmen von 500'000.- Franken einzusetzen.

Das Postulat geht davon aus, dass der Regierungsrat seinen Einfluss geltend machen solle, um entsprechende Entscheide innerhalb der Universität herbeizuführen. Konkret geht es um die Anschubfinanzierung von 500'000.- Franken aus dem Erneuerungsfonds sowie weitere strukturelle Entscheide (Gründung eines Instituts mit entsprechender Anzahl Professuren usw. in einem Volumen von jährlich 2.5 Millionen Franken). Der Regierungsrat weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass solche Entscheide wie die Einführung neuer Fächer und Forschungsbereiche und insbesondere die Ressourcenverteilung innerhalb der Universität von Gesetzes wegen dem Universitätsrat zugeordnet sind. Der Universitätsrat hat mit seinem Bericht zum Portfolio der Universität vom 6. April 2004 klare Aussagen zur weiteren Ausrichtung der Universität gemacht. Der Regierungsrat sieht keinen Anlass, diese strategische Ausrichtung im Sinne des vorliegenden Postulats zu verändern.

Auf Wunsch der Vorsteher der Bildungsdirektionen Basel-Stadt und Basel-Landschaft hatte sich der Universitätsrat jedoch bereits im Jahr 2002 erneut mit der Einrichtung eines Zentrums für Konflikt- und Kooperationsforschung befasst. Zuvor hatte er bereits eingehend einen entsprechenden universitätsinternen Antrag behandelt. Er hat sich dabei vor allem auch über bestehende, ähnlich gelagerte Angebote und deren Rahmenbedingungen informiert.

Spezifische Forschungszentren zu Themen des Konflikts und der Kooperation existieren bereits in Zürich, Bern und Genf, mit den Schwerpunkten Aussen-, Sicherheits- und Friedenspolitik. In Zürich sind dies die Forschungsstelle für Sicherheitsforschung und Konfliktanalyse an der ETH und der Universität, in Bern die Schweizerische Friedensstiftung. Genf schliesslich beherbergt diverse Ausbildungs- und Forschungsstätten auf öffentlicher und privater Basis im Umfeld der Universität, der Diplomatie- und Dolmetscher-Ausbildungen sowie der Vereinten Nationen.

Wie die Initianten zu recht hervorheben, wird der Umgang mit Konflikten auch an der Universität Basel und an der Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit beider Basel bereits in mehreren Studiengängen thematisiert, etwa in der kürzlich mit neuen Professuren verstärkten Soziologie, den Rechtswissenschaften, der Psychologie, der Sozialen Arbeit etc. Die Zusammenarbeit zwischen der HPSA-BB und künftig der FHNW sowie der Universität kann auch auf diesem Gebiet ausgebaut werden. Einige Beteiligte des Projekts für ein Konfliktforschungszentrum haben zudem inzwischen aus eigener Initiative ein interdisziplinäres Zentrum für Familienwissenschaften gegründet, das sich u.a. mit Familienrecht, Konfliktbearbeitung und Mediation beschäftigt und Angebote im Nachdiplom-, Forschungs- und Dienstleistungsbereich aufbaut („Centrum für Familienwissenschaften“, gegründet 2003).

Auch auf Bundesebene sind verschiedene Initiativen im Gang. In mehreren Forschungsprogrammen des Nationalfonds entstehen Studien zu Themen von Konflikt und Kooperation. Der Bundesrat wird zudem in Kürze einen Bericht vorlegen, in dem eine Bestandesaufnahme und Würdigung der Forschung und Ausbildung über gewaltfreie Konfliktbewältigung in der Schweiz erfolgt (Antwort auf einen parlamentarischen Vorstoss von NR Barbara Haering vom 6.10.1999). Diese Untersuchung wird den allfälligen weiteren Handlungsbedarf erkennen lassen.

In Erwägung der vorgenannten Befunde gelangt der Regierungsrat deshalb zur Ansicht, dass sich die Einrichtung eines neuen Kompetenzzentrums für Konflikt- und Kooperationsforschung an der Universität Basel zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht aufdrängt. Grund dafür ist nicht nur die Finanzknappheit der Universität und der Kantone, die sogar zur Aufhebung und Umstrukturierung bestehender Fachbereiche zwingt. Die Universität verfügt nicht über die Mittel, um ein Konfliktforschungszentrum im Sinne des vorgelegten Antrags solide zu finanzieren. Der Erneuerungsfonds, der nach dem Vorschlag der Antragssteller zur jährlichen Finanzierung beitragen sollte, ist für Anschubfinanzierungen und nicht für wiederkehrende Kosten gedacht. Die Einwerbung der vorgesehenen Drittmittel dürfte sich angesichts der nationalen Konkurrenz schwierig gestalten. Begründet ist die ablehnende Haltung des Regierungsrats auch darin, dass entsprechende, gut verankerte Angebote in der Schweiz bereits bestehen und dass der Regierungsrat die Bestrebungen zur gesamtschweizerischen Koordinierung und eventuellen Konzentration von Angeboten unterstützt.

Aus den dargelegten Gründen verfolgt der Regierungsrat eher die Absicht, die Universität im Rahmen einer gemeinsamen Trägerschaft mit zusätzlichen Mitteln in noch auszuhandelnder Höhe gemäss ihrer Strategie vom April 2004 zu unterstützen. Die Bildung eines Kompetenzzentrums für

Konflikt- und Kooperationsforschung würde hingegen Mittel ausserhalb der beabsichtigten Strategie und Schwerpunktsetzung binden.

Antrag

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragt der Regierungsrat dem Landrat, vom Bericht zum Postulat 2001/300 von Ruedi Brassel betr. Interdisziplinäres Zentrum für Konflikt- und Kooperationsforschung Kenntnis zu nehmen und das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Liestal, 1. Februar 2005

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident: Ballmer

Der Landschreiber: Mundschin

Beilage:
Postulat 2001/300